

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 148

Fernruf 179.

Wildbad, Mittwoch, den 30. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Die Entwaffnungsnoten.

Berlin, 29. Juni.

In der ersten der drei vom Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten Noten über die Entwaffnung Deutschlands heißt es u. a.:

Am 21. Juni, nach Ablauf von beinahe 6 Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrags sind die wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrags über Landheer, Luftfahrt und Marine noch unausgeführt oder unvollständig ausgeführt. Die alliierten Regierungen haben nach ernsthafter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl was die Heeresstärke, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, im vollen Umfang ausrecht zu erhalten und deren hinausgeschobene Durchführung unverzüglich zu betreiben. In gleicher Weise erwarten die alliierten Regierungen, daß die deutsche Regierung keinen Antrag auf Aenderung der militärischen Bestimmungen des Vertrags mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten und daher nutzlos eine Verzögerung mit sich bringen würden. Die Antwort der alliierten Regierungen auf den Antrag der deutschen Regierung wegen Beibehaltung eines Heeres von 200 000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf die durch den Friedensvertrag bestimmte Stärke von 100 000 Mann zu reduzieren sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb dreier Monate vollständig aufzulösen ist, und daß andererseits die Stärke der Polizei auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913, vermehrt wird. Des weiteren fordern die alliierten Regierungen die deutsche Regierung auf, unverzüglich die deutsche Gesetzgebung, entsprechend der Bestimmung des Art. 211, mit den militärischen Bestimmungen des Vertrags in Einklang zu bringen und geeignete Maßregeln zu treffen, um entsprechend dem Art. 170 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Auslande zu verbieten, die Formationen der Einwohnervahren, die im Widerspruch mit der Entschliebung vom 8. April noch fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen. Die alliierten Regierungen erwarten, daß bei der Zerschlagung des Kriegsmaterials keine neue Verzögerung eintritt, und daß die Ausführung aller Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl hinsichtlich der Truppenstärke als auch hinsichtlich des Kriegsgüter ohne weiteren Aufschub erfolgt. Andernfalls würden sich die alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu ergreifen, um die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Vertrags sicherzustellen.

Die zweite Note

weist zunächst darauf hin, daß sich die deutsche Regierung am 4. Juni an die Konferenz gewandt hat, um eine vorläufige Verlängerung der gestellten, am 10. Juli ablaufenden Frist herbeizuführen, binnen deren die Heeresstärke in Deutschland auf 100 000 Mann herabgesetzt werden solle, mit der Begründung, daß, nachdem, was die alliierten Regierungen in bezug auf die Konferenz von San Remo mitgeteilt hatten, sie erwarten mußte, daß erst die Konferenz in Spa endgültig über dieses Ersuchen bestimmen würde. Die alliierten Mächte könnten, so sagt die Note, diese Auslegung der von San Remo an die deutsche Regierung gerichteten Note nicht gelten lassen. Die alliierten Regierungen haben keine Veranlassung, einer erneuten Verlängerung der Frist zuzustimmen. Sie bestätigen vielmehr klar und einfach ihre früheren Erklärungen: die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles über das deutsche Heer müssen aufs genaueste ausgeführt werden. Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Abrüstung Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so verkennen sie doch nicht die Notwendigkeit, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte zu belassen. Sie erkennen gerne an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913 nicht allen Bedürfnissen genügen können. Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Sie werden aber unter keinem Vorwand zulassen, daß diese Vermehrung durch Beibehaltung der Sicherheitspolizei, einer Polizeitruppe von ausgeprochen militärischer Art und Organisation stattfindet, zu deren Auflösung Deutschland be-

reits vom Dezember 1919 an aufgefordert war. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von 3 Monaten von der Absendung dieser Note an beendet sein. Die Alliierten sind mit der Verstärkung der „alten Ordnungspolizei“ genannten Polizeitruppe einverstanden. Sie zählt gegenwärtig 92 000 Mann. Die Mächte geben ihre Zustimmung, daß sie bis auf 150 000 Mann vermehrt wird. Sie knüpfen jedoch daran die Bedingung, daß die Ordnungspolizei ihren Charakter als örtliche und Gemeindepolizei wahren muß und mit einer Bewaffnung ausgerüstet wird, die ihrem Zwecke entspricht und die von dem interalliierten Ueberwachungsausschuß festgesetzt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgesetzt, daß in dem Bestand von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann unbegriffen sind, die von dem interalliierten Ueberwachungsausschuß für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigt worden sind. Die Mächte haben beschlossen, den Bestand der Gendarmen von 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen. Die Alliierten werden während der 3 Monate von der Absendung der gegenwärtigen Note an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei es nicht zulassen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitswehr übernommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt eine Höchstzahl dar, die fortwährend vermindert werden muß.

Die dritte Note

enthält im wesentlichen folgendes: Art. 201 des Vertrags von Versailles unter sagt für die Dauer von 6 Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrags die Herstellung von Luftfahrmaterial jeder Art und seine Einführung in Deutschland. Andererseits bestimmt Art.

202, daß Deutschland den a. und a. Hauptmächten innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten des Vertrags das gesamte Luftfahrmaterial des Heeres und der Marine ausliefert. Die dreimonatige Frist zur Abgabe des Luftschiffmaterials und die Ermächtigung zur Wiederaufnahme der Fabrikation soll dazu dienen, die Durchführung der Luftfahrt betreffenden Bestimmungen und insbesondere den Transport oder die Unbrauchbarmachung des Materials zu sichern. Da Deutschland sein Luftfahrmaterial innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgeliefert hat, wird die Ueberwachungskommission nicht in der Lage sein, ihre Arbeiten vor Ablauf der in Art. 201 vorgesehenen sechsmonatigen Frist zu beenden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags hielten die Mitglieder des neuen Kabinetts ihren Einzug. Reichskanzler Fehrenbach nahm mit einer tiefen Verbeugung nach dem Präsidentensitz, den er selbst so lange inne hatte, den historischen Eckplatz ein; neben ihm nahmen die Mitglieder des Kabinetts vollzählig Platz. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte Präsident Loh dem Reichskanzler das Wort. Nach einer kurzen Einleitung zur Regierungserklärung und nach warmen Dankesworten an die abgetretene Regierung verlas der Reichskanzler das Programm der neuen Regierung. Der äußere Eindruck der Rede war recht glücklich und die gute Aufnahme fehlte nicht, was auch daraus zu entnehmen war, daß das Haus — mit wenig Ausnahmen seitens der äußersten Linken — mit launloser Stille die Erklärung entgegennehmen konnte. Nach einem schwingvollen Schlußwort, in welchem der Reichskanzler sein Kabinett als eine „sogenannte bürgerliche Regierung“ bezeichnete, forderte er die Sozialdemokratische Partei zur Unterstützung des neuen Kabinetts auf und betonte, daß die Regierung nicht gegen die Arbeiter, sondern für sie und mit ihnen arbeiten wolle. Der Reichskanzler schloß mit der Aufforderung an die Parteien, Trennendes in dem Gedanken an das große Ganze zurückzustellen.

In der Nachmittagsitzung, in der in die Aussprache zur Regierungserklärung eingetreten wurde, hielt Abg. Scheidemann (Soz.) eine kurze Rede, in der er sich zur neuen Regierung freundlich zeigte. Ihm folgte Abg. Ledebour (U.S.P.), der mehr mit den Mehrheitssozialisten Abrechnung hielt, als zur Regierungserklärung sich äußerte. Als letzter Redner des Tags sprach Abg. Dergat (D. Nat.). Auch er sprach —

wenn auch sehr zurückhaltend — nicht grundsätzlich ablehnend gegen die neue Regierung. Die markantesten Worte seiner Rede waren: Wir können uns für die Zukunft nicht an die Politik des neuen Kabinetts binden, wollen kein Mißtrauensvotum, aber auch kein Vertrauensvotum abgeben.

Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung.

Abg. Ledebour (U.S.P.)

kommt auf die Kanzlerrede zu sprechen, aus der er leider nichts Greifbares habe entnehmen können. Er erinnerte an das noch heutige Bestehen von Lüttich- und Kapp-Leuten. Was sei gegen die Offiziere geschehen, welche auf der Seite des Bundes gestanden hätten? Statt die Truppen aufzulösen, würden ihnen zwar Fahrkarten in die Heimat gegeben, gleichzeitig aber Rückfahrkarten, ein Beweis, daß eine militärische Nebenregierung im reaktionären Sinn an der Arbeit sei, die stärker sei als die Regierung. Demgegenüber müßten die Arbeiter reichhaltig auf den Generalstreik einrichten. Wenn der Kanzler in der Arbeiterfrage die Politik der bisherigen Regierung fortsetzen wolle, so sei dem Arbeiter damit nicht gedient, denn die alte Regierung sei ihm so gut wie alles schuldig geblieben. Wenn der Reichskanzler die Zwangswirtschaft nur in gewissen Grenzen weiter führen wolle, so sei er (der Redner) damit nicht einverstanden. Die Zwangswirtschaft müsse im Gegenteil ausgedehnt und alle Vorteile in Staatsbesitz genommen werden. Das Proletariat werde seine Forderungen mit immer mehr Energie geltend machen und jedes Mittel wählen, das es seinem Ziel näher bringe. In Spa werde der Reichskanzler jedenfalls den Versuch machen, eine Milderung der Friedensbedingungen durchzuwringen. Eines der besten Unterstüßungsmittel hierzu würde die Aufhebung des stehenden Heeres sein. Wir können aber nicht erwarten, daß die herrschenden Klassen der Westmächte dem entsprechen werden. Das kann nur die Arbeiterklasse aller Völker, einschließlich Americas, tun. Unsere Arbeit ist, sie in diesem Sinne zu überzeugen. Nur so ist gegenseitige Verbrüderung der Völker und ewiger Friede möglich.

Abg. Dr. Dergat (D. Nat. Sp.)

befpricht Presseäußerungen der Koalitionsparteien, die den Ausfall der Wahlen als eine Dummheit der Wähler hingestellt hätten. Er schildert sodann die Verhandlungen über die Regierungsbildung, die wie ein kalter Wasserstrahl auf die Wähler gewirkt hätten. Man habe den Eindruck eines Handelsgeschäfts. Nach jeder Resolution komme ein Rückschlag nach rechts. Das sei auch jetzt der Fall gewesen. Klar sei es jedenfalls, daß im deutschen Parlament nur eine Koalitionsmehrheit möglich sei. Wenn sich der Kanzler Müller erst an die Unabhängigen wandle, so sei das nach dem Ausfall der Wahlen erklärlich. Glücklicherweise habe die Antwort der Unabhängigen die Sache klar gelegt. Die Unabhängigen seien gegen jede Demokratie und gegen jede Koalition, also gegen die Verfassung. Für sie gelte die Diktatur des Proletariats. (Proteste und Zuruf: Sie sind ja selbst gegen die Verfassung.) Solange ich Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei bin, wird sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Was Ideologen von den Mehrheitssozialisten erhofft hätten, traf nicht ein. Die Mehrheitssozialisten jagten sich von der Koalition los. Damit hat die Mehrheitssozialdemokratie sich als für positive Mitarbeit unfähig erklärt. Die andere Lösung war ein gesamtbürgerliches Kabinett, worüber er keinen Zweifel gelassen habe. Das Volk säure nach Autorität. Die Demokraten wollten nicht mit uns zusammenarbeiten. Deshalb hätten sie sich das Aufbauprogramm der Deutschnationalen gar nicht einmal angehört. Der Deutschen Volkspartei mache er den Vorwurf, daß der Abg. Heintze gleich zu Beginn der Regierungsbildung die Waffen gestreckt habe. Den Wahlkampf haben wir Seite an Seite geführt. Deshalb hätte Heintze sich zu uns bekennen sollen. Die Regierungsbildung ist ein Verlegenheitsprodukt, zwar bürgerlich, aber mit einer starken Neigung nach links. Wir werden uns abwartend verhalten und uns nicht binden. Die Hauptfrage bleibt die Konferenz in Spa, deren Programm leider noch nicht bekannt ist. Der Redner dankt der Regierung für ihre guten Absichten gegenüber der Landwirtschaft, doch bitte er sie, sie vor dem Verore der Landarbeiter zu schützen. Seine Partei wolle der Regierung kein Mißtrauensvotum, aber auch kein Vertrauensvotum ausstellen.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons

legte dar, daß die französische Note am 25. d. M. eingegangen und von ihm am 26. Juni bei seinem Amtsantritt vorgelesen worden sei. Die mit der Bildung des Kabinetts und dem Entwurf des Programms verbundenen Arbeiten hätten die Veröffentlichung verzögert, die morgen früh erfolgen werde. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 1 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Vorkonferenzrat des Reichstags hielt heute vor dem Plenum Sitzungen ab und bestimmte, welche Parteien den Vorsch in den verschiedenen Ausschüssen führen sollen. Den Vorsch im ersten Ausschuß (Reichshaushalt) erhalten die Sozialdemokraten, im fünften Ausschuß (Volkswirtschaft) die Unabhängigen, im sechsten Ausschuß (Untersuchungsausschuß) die Deutsch-Demokraten, im achten Ausschuß (für auswärtige Angelegenheiten) die Deutsche Volkspartei, im zehnten Ausschuß (Ausführung des Friedensvertrags) die Bayerische Volkspartei.

Die politische Aussprache soll am Mittwoch um 1 Uhr fort-



gefeht und Donnerstag beendet werden. Es dürfte dann möglich sein, am Freitag den Notetat und die übrigen kleinen Sachen zu verabschieden. In den Verhandlungen in Spaa werden voraussichtlich der Reichskanzler, der Minister des Äußern und der Reichsfinanzminister teilnehmen.

Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß in Begleitung des Ministers des Äußern, Simons, der Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Gehilfen v. Simon, nach Spaa reisen wird. Beide Herren hätten den Friedensvertrag bis in seine letzten verborgenen Einzelheiten studiert. Insofern werde also Deutschland in Spaa gut vertreten sein.

Interpellation über die Brotversorgung.

Folgende Interpellation der neuen Blockparteien ist soeben eingegangen:

In weiten Teilen Deutschlands, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, macht die Brotversorgung große Schwierigkeiten. Die gelieferten Brotmengen bestehen zum überwiegenden Teil aus Ersatzstoffen, wie Bohnenmehl, Maismehl usw. Diese Zustände dauern schon monatelang. Sie können in kurzer Zeit schwerwiegende Folgen haben. Welche Maßnahmen will die Regierung treffen, um die Brotversorgung zu bessern?

Die Interpellation steht für Mittwoch auf der Tagesordnung. Dem Reichstag ist soeben der Notetat und der Gesetzentwurf über ein deutsch-französisches Abkommen über Elbschiffahrtliche Rechtsangelegenheiten zugegangen.

Die neuen Minister.

Simons, Heinke, Gröner, Scholz, Raumer, Brauns.

Walter Simons wurde am 24. September 1861 in Elberfeld als Sohn eines Textilindustriellen geboren, war Landrichter in Meiningen und Oberlandesgerichtsrat in Kiel. 1905 erfolgte seine Berufung in das Reichsjustizamt zur Bearbeitung internationaler Rechtsfragen. Seit 1911 wirkte er in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes. Am 24. Dezember 1918 wurde er als Ministerialdirektor in das Auswärtige Amt berufen und mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen betraut. In Versailles war er Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation. Im August 1919 übernahm er die Leitung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Rudolf Heinke ist 1865 als Sohn des bekannten Leipziger Philosophen in Döbenburg geboren. 1883 bis 1886 studierte er in Tübingen, Heidelberg, Jena und Leipzig, wurde 1906 Landgerichtsdirektor in Dresden, 1914 Reichsgerichtsrat, war zwei Jahre lang Unterstaatssekretär im türkischen Justizministerium und vom 1. Juli 1918 bis zum Ausbruch der Revolution sächsischer Justizminister.

Der neue Reichsverkehrsminister, Generalleutnant Wilh. Gröner hat sich besonders als Chef des Feldbahnwesens bekannt gemacht. Er ist 1867 in Ludwigsburg geboren, trat nach abwechselndem Dienst im Generalstab und Front 1912 an die Spitze der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab. Im Herbst 1916 wurde Gröner Chef des Kriegsamts, erhielt 1917 die Führung einer Division und bald darauf eines Armeekorps im Felde. Oktober 1918 wurde er als Nachfolger Ludendorffs zum Ersten Generalquartiermeister ernannt.

Dr. Ernst Scholz, der neue Reichswirtschaftsminister, ist 1874 in Wiesbaden geboren. Nach kurzer Tätigkeit im Justizdienst war er 1900 und 1901 Redakteur des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes in Charlottenburg. Als Magistratsassessor trat er dann in Frankfurt a. Main in die Kommunalverwaltung, war darauf bis 1909 Beigeordneter und Rämmerer in Wiesbaden und ging 1909 als Beigeordneter nach Düsseldorf. Im Juli 1912 wurde er als Oberbürgermeister nach Kassel und 1913 zum Oberbürgermeister nach Charlottenburg berufen.

Der zum Reichsschatzminister ernannte Landrat a. D. Hans v. Raumer wurde 1870 in Dessau geboren. Nach Abschluß seiner Universitätsstudien ging er in den Verwaltungsdienst, war Landrat in Wittlage und lebte nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst in Osnaabrück. Als Referent arbeitete er unter dem Grafen von Rüdern im Reichswirtschaftsamt und trat nach der Revolution in den Dienst der Privatindustrie. Er war zuletzt Verbandsdirektor der Arbeitsgemeinschaft der elektrotechnischen Industrie.

Der als Arbeitsminister in Aussicht genommene Sch.

Brauns (M.-Glabbach), Dr. der Staatswissenschaft und Direktor an der Zentralfstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Glabbach, wurde geboren am 3. Januar 1868 zu Köln, studierte Theologie in Bonn und Köln, später Nationalökonomie und Staatsrecht in Bonn und Freiburg im Breisgau, promovierte in Freiburg 1905. Von 1890—1895 war er Kaplan in Krefeld, von 1895—1900 Vikar in Dorfeld bei Essen a. Ruhr, von 1900 als Direktor an der Zentralfstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Glabbach, Leiter der dortigen Organisationsabteilung und der volkswirtschaftlichen Kurse des Volksvereins. Er wurde Mitglied der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung für den Wahlkreis Köln-Nachen und wurde für den Reichstag auf der Reichsliste des Zentrum gewählt.

Neues vom Tage.

Vom Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 29. Juni. Morgen nachmittag 3 Uhr tritt der vorläufige Reichswirtschaftsrat im Gebäude des früheren preussischen Herrenhauses zu seiner ersten Tagung zusammen.

Streiks in Danzig.

Danzig, 29. Juni. Infolge des vor etwa 14 Tagen ausgebrochenen Ausstands der Schiffszimmerleute auf der Danziger Werft hat sich die Werftleitung gezwungen gesehen, am Samstag gegen 1200 und gestern gegen 200 Arbeiter zu entlassen. Im Hafensarbeiter- und Binnenschifferstreik ist bisher noch keine Aenderung eingetreten.

Die Landwirte von Lippe gegen den hohen Kartoffelpreis.

Hannover, 29. Juni. Die Landwirte von Lippe traten zu einer Protestversammlung zusammen gegen den von der Reichsregierung festgesetzten Kartoffelpreis von 30 Mk. für den Zentner. Sie beschloßen, nur 12 Mk. für den Zentner zu nehmen.

Lebensmittelkrawalle in Hamburg.

Hamburg, 29. Juni. Nachdem über das Stadtgebiet Hamburg der Ausnahmezustand verhängt worden ist, kam es im Laufe des gestrigen Tages in der Neustadt, auf der Uhlenhorst und St. Pauli zu großen Ausschreitungen. Die Butter- und Fettwarenhandlungen in diesen Gegenden wurden gezwungen, ihre Waren zu bedeutend billigeren Preisen zu verkaufen. Eine Reihe von Verhaftungen, namentlich auch von Frauen, die zur Plünderung aufforderten, wurde vorgenommen. Die Sicherheitsbehörden fühlten sich der Lage gewachsen.

Bayern gegen die Verbandsforderungen.

München, 29. Juni. Die bayerische Regierung ist im Hinblick auf die letzten Noten der Verbandsstaaten wegen der Gestaltung der Wehr- und Sicherheitsverbände bei der Reichsregierung dahin vorstellig geworden, daß diese Forderungen unannehmbar seien, da ihre Erfüllung die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und damit auch des wirtschaftlichen Aufbaus im Reich unmöglich machen würde.

Deisterreich. Gruß an Reichskanzler Fehrenbach.

Wien, 29. Juni. Der Parlaments-Korrespondenz zufolge beschloß der Parteitag der national-demokratischen Partei einstimmig, folgendes Telegramm an den Reichskanzler Fehrenbach zu senden: Im Zeichen des Anschlußgedankens stehend, entbietet die Parteileitung der national-demokratischen Partei den Brüdern im Deutschen Reich herzlichen Gruß. Das Gelingen Ihres Vaterlandes ist für uns Deutsch-Österreicher das Hauptziel unserer Politik in der Ueberzeugung, daß ein einziges Groß-Deutschland die einzige und sicherste Gewähr für den Wiederaufbau unseres armen Vaterlandes bietet.

Unmöglich.

Basel, 29. Juni. Die „Basler Nachrichten“ melden aus Berlin: Deutschland lehnt die geforderte Auflösung der Sicherheitspolizei als unmöglich ab und beantragt die Beseitigung über die Forderung der Verbündeten in Spaa.

Italien gibt Albanien auf.

Rom, 29. Juni. Die Kammerführung am Samstag schloß mit einer bewegten Auseinandersetzung über Albanien. Der Kriegsminister Bonomi gab auf eine Interpellation hin eine Darstellung über die Ereignisse in Vicono, ohne zu erwähnen, wohin der Transport der meuternden Bersaglieri bestimmt war. Die Sozialisten verlangten durch Zwischenrufe die Ausrückung der Regierung durch die Sozialisten. Da die Regierung sich weigerte, entstand ein Lärm, daß die Sitzung ausgesetzt werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Giolitti, die Regierung habe bereits verständigt, daß sie das Protektorat über Albanien nicht aufrecht erhalte, und daß sie dem Lande die Unabhängigkeit gebe. Die Sozialisten riefen dazwischen: Valona, worauf Giolitti antwortete: „Unsere Soldaten stehen allerdings in Valona und müssen sich gegen die Angreifer verteidigen. Auch die Sozialisten könnten, wenn sie regierten, nicht zugeben, daß unsere Soldaten ins Meer geworfen werden.“ Dann folgte ein Handgemenge zwischen Sozialisten und Bürgerlichen. Ein großer rauschender Knäuel bildete sich vor Giolitti, welcher seine Ruhe behielt.

Ausdehnung der Räterepublik im Westen.

Paris, 29. Juni. (Havas.) Nach dem „Echo de Paris“ soll Lenin für eine Ausdehnung der Räterepublik mit den Sozialisten der Westmächte folgende Bedingungen aufgestellt haben: 1) Anschluß an die Moskauer Internationale, Aufgabe jüdischer Propaganda zu Gunsten der 4. Internationale, worin die Strömungen der 2. und 3. Internationale aufgehen sollen; 2) Anerkennung des Rechtes der Bolschewiken, ihre Weltpropaganda fortzusetzen und Abgabe des Bureaus, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte.

Weitere englische Verhandlungen mit Krasin.

London, 29. Juni. Die Agentur Reuter vernimmt, daß die Verhandlungen mit Krasin einen befriedigenden Verlauf nehmen, obgleich einige Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Ansichten in Moskau über die der britischen Regierung zu erteilende Antwort noch ein wenig auseinandergehen. Krasin wird neuerdings mit dem Obersten Wirtschaftsrat zusammentreffen. Er wird wahrscheinlich noch weitere Besprechungen mit den britischen Ministern haben, bevor diese nach Spaa abreisen.

Spaltung unter den amerikanischen Demokraten.

Rotterdam, 29. Juni. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus San Francisco meldet, konzentriert sich unter den Mitgliedern des demokratischen Konvents eine scharfe Spaltung zwischen den Anhängern Wilsons und Bryans. Die Anhänger Wilsons bestehen darauf, daß die Politik Wilsons uneingeschränkt gutgeheißen werde, während Bryans Anhänger auf der Herbeiführung eines Vergleichs mit dem Senat bezüglich des Völkerbunds hinarbeiten.

Die türkische Antwort.

Paris, 28. Juni. Wie der Londoner Vertreter des „Temps“ berichtet, wird die Antwort der türkischen Regierung auf die Friedensvorschläge folgende Hauptpunkte enthalten: 1. Die Türkei weigert sich, Thrazien und Smyrna an Griechenland abzutreten und verlangt, daß die türkisch-griechische Grenze so bleibt, wie sie 1913 war. 2. Die Türkei erkennt die Unabhängigkeit Armeniens an und will einen Teil der Provinzen Van, Bittis und Erzerum abtreten, verlangt aber dafür Entschädigung. 3. Die Türkei erkennt die Regierung von Hedschas an und stimmt den Mandaten in Syrien und Mesopotamien zu, verlangt aber, daß türkische Vertreter mit gleichen Rechten in die Grenzfestsetzungskommission aufgenommen werden. 4. Endlich nimmt die Türkei den Grundsatz der internationalen Kontrolle über die Meeresengen an, verlangt aber in der Kontrollkommission Sitz und Stimme. — Die türkische Friedensvertretung wird die Antwort auf die finanziellen und militärischen Bedingungen später übermitteln, da am 23. Juni vorerst nur ein Teil der Bemerkungen zum Friedensvertragsentwurf von Konstantinopel nach Versailles abgegangen ist.

Die wilde Hummel.

Narran von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

69

24

Beinahe ein Jahr ist vergangen, seit Norbert von Ahnenbach sein junges Weib wiedersand, dort unten in der südafrikanischen Karroo, und sie mit sich nahm nach seiner nordischen Heimat.

In Birkenfelde sind Glück und Frieden eingezogen. Die mächtigen Räume wurden renoviert und dann in zwei Wohnungen eingeteilt. Den Hauptflügel bewohnen Norbert und Liane, den anderen, kleineren, Eva v. Trotha mit ihrem Gatten.

Keine geräuschvollen Feste werden mehr gefeiert in Birkenfelde. Nur die „Intimen“ sind dort stets gern gesehene Gäste — vor allen „Onkel Marwig“ und die „Frau Tante“.

Doch unter diesen „Intimen“ fehlt eine der früher „Intimsten“: Liselotte v. Esterre.

Liselotte hat Berlin und der geregelten, wenn auch bescheidenen Häuslichkeit ihrer alten Großmutter den Rücken gekehrt und sich nach Monte Carlo begeben, um dort beim „Roulette“ ihr Glück zu versuchen und ihre Nerven, die im weltstädtischen Gesellschaftsrausch allzu sehr gelitten hatten, ein wenig aufzufrischen.

So meinen die Fernstehenden. Eingeweichte reichlich wollen wissen, daß eine „unglückliche Liebe“ die schöne Liselotte aus der Heimat forttrieb, hin nach jener lockenden Zielhölle, daß es Haß und Verzweiflung waren, die die bedauernswerte Frau dem Abenteuerleben in die Arme trieben ...

Der liebste Gast in Birkenfelde aber ist Karl Heinz.

Auf Hummelmens dringende Bitten, denen sich Norbert anschloß, hat er das junge Paar und Gerald nach Deutschland begleitet. Und da der biedere Goldgräber, der selbst dort unten in der Wüste infamist seine gute Erziehung nicht verlernt hatte und sich bald in der vornehmen Gesellschaft zurecht fand, rasch „populär“ in den Berliner Gesellschaftskreisen wird, war es Liane nicht schwer, ihn zur Verlängerung seines zuerst nur auf einige Wochen berechneten Besuches zu bewegen.

Etwas von dem interessanten Nimbus der früheren „wilden Hummel von Büffel-Goldfeld“ umstrahlt sein mächtiges Haupt — zumal auch bereits Gerüchte von seinen „großen Erparnissen“ durchgedrungen waren, so daß manche Berliner Ehre ihm zart zu verstehen gab, sie wäre nicht abgeneigt, ihn mit ihrer kleinen Hand zu beglücken, wenn er Büffel-Goldfeld ganz aufgeben und in der deutschen Reichshauptstadt bleiben wollte, um hier „unter gestitteten, wohlgezogenen Menschen“ seine „Erparnisse“ zu verzehren.

Doch Karl Heinz denkt nicht an eine solche „Auszeichnung“. Zurück zieht es ihn nach den weiten Ebenen der südafrikanischen Karroo, nach dem trischen, ungebundenen Leben, nach der großen, leuchtenden, südlichen Sonne ...

Für morgen ist nun endlich seine Abreise festgesetzt. Mit Hummelmens und Norbert macht er einen letzten Spaziergang durch die weiten Birkenfelde umgebenden Wälder. Dann gehen sie zum Friedhof, wo sie an der Gruft des Generals Klaus v. Ahnenbach die Blumenkränze niederlegen, wie dies bereits Gerald und Eva v. Trotha am frühen Morgen getan haben. Denn

heute ist es gerade ein Jahr her, daß der gute alte General die Augen für immer schloß.

Liane ist besonders weich gestimmt. Die Trauerbotschaft, daß sie den „lieben alten Großvater“ bei ihrer Heimkehr nicht mehr antreffen würde, hatte ihr schon damals auf der Rückfahrt von Büffel-Goldfeld manche verfluchte Träne entlockt. Nun hat sie sich daran gekümmert; aber noch oft steht das vornehme Greisenauge sich vor ihrem geistigen Auge, und sie meint, seine leise freundliche Stimme zu vernehmen oder den matten Druck seiner weichen Hand zu fühlen ...

Auf dem Nachhauseweg kommen die drei durch Liebe und Hochachtung so innig verbundenen Menschen an einem mit Pfählen abgegrenzten, neben Birkenfelde liegenden Platz vorbei, auf dem ein einziges Dreieck herrscht: Gaden, Kammern — all die ohrenbetäubender Geräusche, die das Aufrichten eines großen Baues verursacht.

Sie bleiben stehen. Norbert spricht ein paar Worte mit dem Baumeister und nickt dann seiner Frau beifolgend zu.

„Das Haus wird in einem halben Jahre fertig dastehen, mein Liebling!“

„Bestimmt?“

„Bestimmt!“

„Und was bezweckt dies geheimnisvolle Haus?“

forst: Karl.

Norbert und Liane wechseln einen Blick.

„Das Haus wird ein Heim für Waisenkinder,“ erwidert Norbert. „Meine Frau meint, den Ueberfluß ihres Vermögens nicht besser verwenden zu können.“

„Stavo! Aber warum muß es gerade in einem halben Jahre fertig dastehen?“

Württemberg.

Stuttgart, 29. Juni. (Regierungsbildung.) Die Ernennung der neuen Minister durch den Staatspräsidenten wird für die nächsten Tage erwartet. Die Besetzung des Wirtschaftsministeriums durch einen Beamten bereitet, wie man aus der Verzögerung der Kabinettsbildung schließen kann, Schwierigkeiten.

Stuttgart, 29. Juni. (Der neue Ernährungsbeirat.) Für den beim Ernährungsministerium neu zu bildenden Ernährungsbeirat hat die Württ. Landwirtschaftskammer folgende Herren vorgeschlagen: Dr. dentliche Mitglieder: Schultheiß a. D. Maunz-Altheim O. A. Niedlingen, Vorsitzender des Landwirtschaftsverbands; Landwirt König-Haubach O. A. Wangen; Gutsbesitzer Dingler-Calw; Regierungsrat Ströbel Stuttgart; Direktor der Landwirtschaftskammer; Gutsbesitzer Adorno-Kaltenberg, Präsident der Landwirtschaftskammer; Dekonomierat Vogt-Gochsen. Stellvertreter: Bräuninger, Geschäftsführer des Landwirtschaftsverbands, Stuttgart; Schultheiß Bernhard-Neuravensburg O. A. Wangen; Landwirt Adlung jun., Sindlingen O. A. Herrenberg; Gutsbesitzer Hornung-Kleinbotwar; Gutsbesitzer Schiele-Wurzach; Hege, Domänpächterschweizer, Hohebuch O. A. Lehringen.

Stuttgart, 29. Juni. (Gegen Beleidigungen der Reichswehr.) Die Angehörigen der Reichswehr, insbesondere der auf Grund des Friedensvertrags nach Württ. Standorten verlegten baltischen Truppenteile werden seitens der Bevölkerung vielfach in unverantwortlicher Weise beleidigt. Die Truppenteile sind angewiesen, alle derartigen Vorfälle zu melden, damit Strafantrag gegen die Beleidiger gestellt werden kann. In den ruhigen Teil der Bevölkerung aber wird die dringende Bitte gerichtet, dafür zu sorgen, daß der gute Ruf des Württ. Volkes nicht durch derartige Verletzungen des Gastrechts geschädigt wird. Die Reichswehr dient dem Schutze der ordnungshaltenden Bevölkerung gegen Elemente, die die öffentliche Sicherheit gefährden, und hat daher ein Anrecht, ihrerseits gegen Beleidigungen und Belästigungen in Schutz genommen zu werden.

Stuttgart, 29. Juni. (Milch und Brot.) Der Bezirksrat hat beschlossen, für den Versorgungsbezirk Ellwangen den Milchhöchstpreis auf 1 Mk. festzusetzen. Um die Mehlerzeugung des Bezirks bis zur neuen Ernte sicher zu stellen, soll das Brotmehl mit einem gewissen Prozentsatz Hafermehl gestreckt werden.

Heidenheim, 29. Juni. (Ende des Streiks.) Heute früh wurde die Arbeit allgemein wieder aufgenommen. Die Ruhe und Ordnung ist überall wieder hergestellt.

Ulm, 29. Juni. (Beendigung des Bauarbeiterstreiks.) Die Arbeitgeber im Baugewerbe haben, um jeden Grund zur Nichtstimmung aus dem Weg zu räumen, die Forderung der Bauarbeiter auf Einreichung in die Ortsklasse 2 bewilligt und dadurch den Bauarbeiterstreik beendet.

Tailfingen, 29. Juni. (General und Burische.) Der hiesige Heizer Reinhold Metz lud seinen früheren Vorgesetzten, General Ströblin, in Stuttgart zu seiner Hochzeit. Dieser nahm die Einladung an. General und Burische waren während 6 Jahren in Garnison und auf 5 Kriegsschauplätzen in kameradschaftlichem Geist verbunden.

Schweningen, 29. Juni. (Arbeiterferien.) Am Samstag wurden die Fabrikare für 8 Tage geschlossen. Die Arbeiterschaft hat ihre Ferien angetreten. Schon am Samstag haben viele Arbeiter die Stadt verlassen und den Wanderstab ergriffen. Die zu Hause Gebliebenen helfen vielfach hier und in der Nachbarschaft mit bei der Heuernte.

Baden.

Karlsruhe, 30. Juni. Vorgestern fand im Ministerium des Innern eine Sitzung statt, in welcher der gegenwärtige Stand der Frage über die Aufhebung Zwangswirtschaft erörtert wurde. An der Sitzung nahmen Landtagsabgeordnete aller Fraktionen, Vertreter der Beamtenvereine, der Stadtverwaltung und der Presse teil. Minister des Innern Remmele legte in seinen einleitenden Ausführungen dar, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Lebensmittelmangel herrsche. Die Regierung hat in Berlin darauf aufmerksam gemacht, daß die Zwangswirtschaft für Fleisch fallen muß, daß aber gleichzeitig Futtermittel ins Land gebracht werden müssen, um durch Schweine-

maast den nötigen Bedarf an Fleisch zu erzielen. Der Minister betonte, daß bei den Regierungen anderer Länder keine Absicht bestehe, die Zwangswirtschaft für Fleisch aufzuheben. Einheitslichkeit bestehe aber in allen Kreisen, daß die Getreidezwangswirtschaft beizubehalten ist. Von einer völligen Aufhebung der Kommunalverbände könne keine Rede sein. Die Regierung werde dafür eintreten, daß die Zwangswirtschaft nur noch für Getreide und Milch beibehalten werde.

Karlsruhe, 29. Juni. Zwischen der Freien Vereinigung Bad. Krankenkassen und der bad. ärztlichen Landeszentrale ist ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach der vertragslose Zustand in Baden am 1. Juli beendet wird. Die Ärzte erhalten von diesem Tage an für eine Beratung in der Sprechstunde 4 Mk. und für einen Besuch 6 Mk. Nachts wird die doppelte Gebühr erhoben. Für Sonderleistungen werden besondere Zuschläge erhoben. Auch die Begehren wurden neu geregelt. Die Krankenkassen haben sich zur Zahlung der gestundeten Beträge verpflichtet.

Karlsruhe, 30. Juni. Der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist beim bad. Finanzministerium vorstellig geworden, um zu erreichen, daß den Arbeitern, die wegen Betriebseinschränkungen verläßt arbeiten, nicht 10 vom Hundert, sondern nur ein geringerer Bruchteil vom Lohn für die Einkommensteuer einbehalten werde. Auch Kriegervitwen und kinderreichen Familien gegenüber sollte die Bestimmung über den Lohnabzug eine Milderung erfahren. Der Präsident des Landesfinanzamts, Finanzminister Köhler, hat diese Anregung befürwortend an den Reichsfinanzminister weitergeleitet.

Durlach, 29. Juni. Die Stadtgemeinde hat die beiden Turmbergwirtschaften angekauft, von denen die eine als Kinderheim eingerichtet und die andere als Wirtschaft verpachtet und weitergeführt wird.

Todtnoss, 29. Juni. Trotz aller Warnungen und andgedrohten Strafen können einige Kurgäste das „Hammer“ nicht lassen. Dabei werden die Preise in unbilliger Weise in die Höhe getrieben. Für einen Liter Milch bieten sie z. B. 4 Mk. Der Bezirksarzt von St. Blasien untersuchte nun sämtliche Kranken auf ihre Kurbedürftigkeit und ein überraschend großer Prozentsatz wurde gesund geschrieben.

Mexli, 29. Juni. Die ersten erholungsbedürftigen Schulkinder aus Mannheim und Karlsruhe, insgesamt 725, sind auf dem Sommerhof in Todtnoss. Die sehr schwachen Kinder wurden in Wagen und Kraftwagen hinfahren. Bald werden ihnen Kinder aus anderen baltischen und auch aus württembergischen Städten folgen.

Wolfegg, 29. Juni. (Stiftungen.) Fürst Max von Waldburg zu Wolfegg hat aus Anlaß des Einzugs des erbgroßfürstlichen Paares und in Erinnerung an die Vermählung folgende Schenkung gemacht: Der Gemeinde Wolfegg 4000 Mk., Waldsee 3000 Mk., der Gemeinde Tiefenbach i. bay. Alg. 3000 Mk., die hauptsächlich Kriegervitwen zugute kommen sollen.

Meteorologisches Wetter.

Der Hochdruck über Skandinavien leistet den ihn bedrohenden Störungen harthärtigen Widerstand und hat sich neuerdings sogar verstärkt, so daß für Donnerstag und Freitag mit einer Fortsetzung des vorwiegend trockenen und mehrheitlich heiteren, jedoch zu starker Gewitterbildung geneigten, warmen Wetters zu erwarten ist.

Vermischtes.

Preisliste im Pferdehandel. Infolge der Masseneinfuhr dänischer Pferde zeigten die mitteldeutschen Pferdemarkte, so z. B. der Johannismarkt in Stuttgart, Preisrückgang um durchschnittlich 50 Proz. Dänische Pferde, die mit durchschnittlich 15 000 Mk. angeboten waren, fanden schließlich zu 7500 Mk. kaum Käufer.

Die schwarze Schande im Rheinland. Am Sonntag nachmittags zwischen 12 und 1 Uhr wurde auf dem Hochsberg bei Bingen a. Rh. ein 18 Jahre altes Mädchen von einem farbigen Franzosen überfallen. Er hatte sich von rückwärts an sie herangeschoben und sie zu Boden geworfen. Das Mädchen konnte jedoch noch um Hilfe rufen, sodaß der Marokkaner es vorzog, vor herannahenden Personen die Flucht zu ergreifen. Bei der Protokollaufnahme versuchte der französische Beamte die Möglichkeit zu untersuchen, als könnte es sich auch um einen amerikanischen Deserteur handeln, die sich angeblich in großer Zahl im besetzten Gebiet herumtreiben, eine Unterstellung, die, aber sofort als unhaltbar zurückgewiesen wurde. Die „Fest. Ztg.“ bemerkt hierzu: Es wird in den Vereinigten Staaten, in denen eine starke Bewegung gegen die Verwendung farbiger Truppen in Deutschland entstanden ist, sicher mit großem Bestreben angenommen werden, daß nun von französischer Seite versucht wird, für die Verbrechen farbiger Franzosen, die allein Frankreich zur Last fallen, angeblich amerikanische Deserteure herhalten zu lassen.

Der Herr Desires freiwillige Amtsentlassung. Vor dem Kammergericht, dem Disziplinardienst für nichtrichtiger Beamte, unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Mügel fand gestern die Verhandlung gegen den aus den rheinischen Antrieben bekannten Staatsanwalt am Landgericht III, Berlin, Adam Dörten statt. Dieser seinerzeit zum Präsidenten der Rheinischen Republik bestimmt gemessene Staatsanwalt hatte sich unerlaubt aus Berlin entfernt und ist nicht wieder hierher zurückgekehrt. Zum gestrigen Termin war Dr. Dörten, der jetzt in Wiesbaden wohnt, nicht erschienen; er wurde vom R. A. Dr. Wisberg vertreten. Der Disziplinardienst erkannte auf Entfernung vom Amte. Der Beschuldigte hatte inzwischen schon brieflich mitgeteilt, daß er freiwillig aus dem preussischen Justizdienst ausgeschieden sei.

Lokales.

Branntweinherstellung aus Obst. In einer amtlichen Pressenotiz der „Karlsruher Ztg.“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Gesuche um die Erlaubnis zum Brennen von Obst und den Rückständen von Obst von den Brennern und Stoffbesitzern, einerlei ob das Brennen gewerbmäßig oder nicht gewerbmäßig geschehen soll, ausnahmslos vor dem Einschlagen zunächst mündlich beim Steuererheber vorzubringen sind. Ergibt die Prüfung des Antrags durch den Steuererheber, daß die Ausbeute voraussichtlich mehr als 10 Liter Alkohol betragen wird, so hat der Antragsteller zunächst die Genehmigung der baltischen Obsterzeugung zum Abtreiben der Rohstoffe eingeholen.

Pensionsvorschuße an Offiziere. Um zu vermeiden, daß bei den Massenentlassungen einzelner Offiziere, deren Pension mangels der Unterlagen bis zum Fälligkeitstermin noch nicht hat festgestellt werden können, die ihnen zustehenden Pensionsgebühren nicht rechtzeitig erhalten, hat das Heeresabwühlungsamt Preußens angeordnet, daß allen diesen Offizieren auf Antrag ein Vorschuß von ihrer letzten Abwühlungsstelle gezahlt wird.

Ernteflächenerhebung 1920. Die Ernteflächenerhebung und eine Ernteschätzung finden neuer wie im Vorjahr statt. Die Erhebung erstreckt sich auf Brotgetreide, Gerste, Hafer und Kartoffeln. Die Erträge für die einzelnen Gemeinden werden durch Ausschüsse ermittelt, die für jeden Oberamtsbezirk nach Anhörung des landw. Bezirksvereins einzusetzen sind. Eine Verweigerung von Angaben zu der Erhebung zieht Bestrafung nach sich.

Der Frühdrusch 1920. Wie in einer amtlichen Pressenotiz mitgeteilt wird, soll auch für die kommende Ernte der Frühdrusch, trotz der damit verbundenen wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten mit Hochdruck betrieben werden. Die Reichsgetreidestelle wird sich die technische Förderung angelegen sein lassen. Besondere Frühdruschprämien werden für Brotgetreide und Gerste gewährt.

Margarinepreis. Der Abgabepreis für Margarine seitens des Reichsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli 1920 von 21 Mark auf 16 Mark das Kilo herabgesetzt worden.

Erntebeginn. Mit des Sommers Anfang hat im Unterland da und dort schon der erste Schnitt der Wintergerste begonnen. In Jaberfeld, Mumbelsheim und auch in Unterjesingen wurde bereits Wintergerste eingeführt. Eine so frühzeitige Ernte ist seit Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen. Roggen und Sommergerste sind in zehn Tagen auch schnittrreif.

Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder. Hinsichtlich der Kriegshinterbliebenenernährung sind uneheliche Kinder den ehelichen nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums gleichzustellen, wenn die Vaterschaft glaubhaft nachgewiesen wird. Die unehelichen Mütter erhalten keine Unterschlungen.

Reichsausschuße für die Abstimmungsgebiete. Für die Beförderung der Abstimmungsberechtigten nach Ostpreußen und Oberschlesien sind außerordentliche Reichsmittel von 3 1/2 Millionen Mark bereitgestellt. Die Zahl der angemeldeten Abstimmungsberechtigten für Ost- und Westpreußen beträgt 170 000, für Oberschlesien etwas über 250 000 Deutsche im Reich.

Die neuen Telegramm- und Fernsprechggebühren. Vom 1. Juli ab beträgt die Telegrammgebühr bei gewöhnlichen Telegrammen 20 Pfg. für jedes Wort, mindestens 2 Mk., bei Pressetelegrammen die Hälfte. Für dringende Telegramme wird die Wortgebühr dreifach berechnet. Die Fernsprechggebühren sind vom 1. Juli ab im Durchschnitt verdoppelt.

Am den Milchpreis. Im ganzen Lande ist eine lebhaftere Bewegung, die auf eine Herabsetzung des Milchpreises hinführt. Die Landwirte verhalten sich fast durchweg sehr entgegenkommend. In zahlreichen Städten finden in diesen Tagen Besprechungen der Landwirtschaft, Vertreter und Verbraucher über den Milchpreis statt. An einigen Orten ist dies schon geschehen. So wurden im Oberamt Gerabronn nach Rücksprache mit dem Ausschuss des Landwirtschafts. Bezirksvereins für den Oberamtsbezirk folgende Milchpreise festgesetzt: Gemeinlich 95 Pfg. ab Stall, frei ins Haus 1 Mk., beim Verkauf nach außerhalb des Bezirks ab Sammelstelle 1.05 Mk., für Verarbeitungsmilch 85 Pfg. Butterpreis 10 und 9.20 Mk., Molkereibutter 20 Pfg. mehr. Nebullich soll der Milchpreis im Oberamt Mergentheim geregelt werden. Vier Gemeinden haben die Preise des Oberamts Gerabronn bereits anerkannt. In Alen haben die Erzeuger benachbarter Orte von sich aus einen Milchpreis von 1 Mk. anerkannt. In Rottenburg will der Gemeinderat auf der gleichen Grundlage mit den Landwirten verhandeln.

Pensionsvorschuße an Offiziere. Um zu vermeiden, daß bei den Massenentlassungen einzelner Offiziere, deren Pension mangels der Unterlagen bis zum Fälligkeitstermin noch nicht hat festgestellt werden können, die ihnen zustehenden Pensionsgebühren nicht rechtzeitig erhalten, hat das Heeresabwühlungsamt Preußens angeordnet, daß allen diesen Offizieren auf Antrag ein Vorschuß von ihrer letzten Abwühlungsstelle gezahlt wird.

Ernteflächenerhebung 1920. Die Ernteflächenerhebung und eine Ernteschätzung finden neuer wie im Vorjahr statt. Die Erhebung erstreckt sich auf Brotgetreide, Gerste, Hafer und Kartoffeln. Die Erträge für die einzelnen Gemeinden werden durch Ausschüsse ermittelt, die für jeden Oberamtsbezirk nach Anhörung des landw. Bezirksvereins einzusetzen sind. Eine Verweigerung von Angaben zu der Erhebung zieht Bestrafung nach sich.

Der Frühdrusch 1920. Wie in einer amtlichen Pressenotiz mitgeteilt wird, soll auch für die kommende Ernte der Frühdrusch, trotz der damit verbundenen wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten mit Hochdruck betrieben werden. Die Reichsgetreidestelle wird sich die technische Förderung angelegen sein lassen. Besondere Frühdruschprämien werden für Brotgetreide und Gerste gewährt.

Entschädigung für Kälber. Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern wird die Entschädigung für Kälber im Alter von weniger als sechs Wochen, die in der Zeit vom Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einem Viehbestand bis zur Anzeige der Abheilung an solcher fallen, bis auf weiteres auf den Betrag von 7 Mk. für das Kilo des uneröffneten Kadavers festgesetzt.

„Weil — ungefähr um diese Zeit — —“
Nobert zögert und blüht Pläne an, die über und über rot wird und ihm rasch den Mund zupfählt.
„Weil ich es so will!“ ruft sie mit einem Anflug ihres früheren wilden Uebermuts und stampft mit dem Fuß auf den Boden. „Hörst Du, Karl? Weil ich es will?“

Berwundert blickt der Goldgräber von seinem Hummel auf Nobert und wieder auf Hummelchen — und plötzlich zuckt es wie ein Blitz des Verständnisses über sein gebräunt Gesicht. Voll väterlicher Bärtlichkeit nimmt er den Kopf seiner Pflgetochter zwischen seine beiden Hände und läßt sie auf die klare Stirn.

„Gratuliere! Gratuliere! ... Werden sich die Jungen in Büssel-Goldfeld freuen!“

Noch einmal so leicht ist ihm ums Herz. Er weiß ruhig kann er morgen reisen. Die sonnenverwöhnte Blume des Lebens hat Wurzel gefaßt im kalten Norden. Mit voller Lebenskraft rankt sie sich empor an der stolzen nordischen Eiche, die schützend ihre Zweige über sie ausbreitet, damit kein rauher Sturm sie entblättere.

Nach heißen Tränen, nach tiefen Seltenkämpfen und verzweifeltstem Sch-Aufstößen, hat sich dieses Mädchenherz sein Glück gefunden — da — trostige Verz der „wilden Hummel von Büssel-Goldfeld“.

Ende!



Dringende Ersuchen gerichtet, der weiteren Verteuerung der öffentlich verwalteten Lebensmittel Einhalt zu tun. Ferner wird der Abbau der Kartoffelpreise und Abschaffung der Zuschläge auf manche Lebensmittel und Bedarfsartikel zu den tatsächlichen Herstellungskosten verlangt.

Würzburg, 29. Juni. Gestern kam es auch hier zu schweren Lebensmittelunruhen. Am Rathaus feuerte die Reichswehr auf die Menschenmenge, wobei mehrere Personen getötet und einige schwer verletzt wurden. Verschiedene Geschäfte wurden geplündert.

Berlin, 29. Juni. Ein Versuch, heute Lebensmittelunruhen in der Zentralmarkthalle hervorzurufen, wurde durch schnelles Eingreifen der Sicherheitspolizei im Keime erstickt. Einer der Rädelsführer, der aus Hamburg stammen soll, ist festgenommen worden.

Berlin, 29. Juni. Ueber den Kreis Schleusingen (Provinz Sachsen) ist der Ausnahmezustand verhängt worden.

Curhaven, 29. Juni. Gestern abend kam es zu Plünderungen. Die Polizei war machtlos. Die zur Hilfe gerufene Küstenwehr griff nicht ein. Heute forderte das Gewerkschaftskartell die Zurückziehung des Militärs und der Polizei und verbürgt sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Krieg im Osten.

Konstantinopel, 29. Juni. (Havas.) Die Engländer haben den Hafen von Brussa und Mudania besetzt. Die Postniederlassung in Stambul befindet sich ebenfalls in den Händen der englischen Truppen. — Rhemal Pascha hat einen den religiösen Haß schürenden Aufruf an die Mohammedaner gerichtet.

Konstantinopel, 29. Juni. (Havas.) Ein starkes englisches Geschwader hat sich nach Mudania begeben, wo eine Abteilung Marine ausgeschifft wurde. Die Matrosen verhafteten mehrere türkische Nationalistenführer. An die Bevölkerung wurde eine Kundgebung erlassen, in der gesagt wird, es handle sich um Strafmaßnahmen gegen die Verletzung des Waffenstillstandsvertrags und die Feindschaft gegenüber englischen Offizieren eingenommene Haltung.

Paris, 29. Juni. Heute ist eine internationale Handelskammer gegründet und damit der internationale Handelskongress geschlossen worden, an dem Vertreter von

Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien teilgenommen haben.

London, 29. Juni. (Reuter.) "Evenings News" melden aus Konstantinopel: Am Freitag sind griechische Truppen in Laderaia an der Südküste des Marmarameeres gelandet worden, um die Dardanellengegend von den Nationalisten säubern zu helfen.

Der Gemeinderat gegen die Lebensmittelpreiserhöhung.

Wildbad, den 29. Juni 1920.
Der Gemeinderat trat in seiner heutigen Sitzung auf Antrag des Vorsitzenden in Beratung über Maßnahmen gegen die unerhörte Lebensmittelpreiserhöhung ein.

Vor allem hat die von der Regierung zugestandene Erhöhung des Erzeugerpreises für Genußmilch auf 1.20 Mk. bezw. 1.30 Mk. wie überall so auch hier Erregung hervorgerufen; dies umso mehr als durch die unbescheidenen, fortwährend sich steigenden Forderungen der Milchhändler und Fuhrleute für die Milch hier der im ganzen Land sonst nicht erreichte Preis von 1.80 Mk. festgesetzt werden mußte. Ebenso ungehalten ist die Bevölkerung über die neuen Fleischpreise von 8.50 Mk. für 1 Pfund Rindfleisch und Kalbfleisch und über den Butterpreis von 14.80 Mk. für 1 Pfund Butter u. a.

Nach eingehender Beratung, bei der sich die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder ohne Rücksicht auf ihre Parteiangehörigkeit im Sinne des Antragstellers aussprachen, wird einstimmig beschlossen:

1. bei der Staatsregierung und dem Komunalverband energischen Einspruch gegen die unerträglichen Preissteigerungen der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel zu erheben und einen schleunigen Abbau der Preise zu verlangen,
2. den Milchpreis in hiesiger Stadt mit sofortiger Wirkung von 1.80 Mk. auf 1.40 Mk. herabzusetzen und den entstehenden Ausfall von 40—50 Pfg. pro Liter auf die Stadtkasse zu übernehmen, wodurch dieser allerdings ein täglicher Verlust von 400—500 Mk. entstehen wird,
3. die hier noch vorhandenen Kartoffeln, welche die Stadtgemeinde auf annähernd 40 Mk. pro Zentner zu stehen kommen, zum Preise von 15 Mk. und

die vorhandenen Hülsenfrüchte, Erbsen, Bohnen, Linsen, welche die Stadtgemeinde dieses Frühjahr zum Preise von 4.50—6 Mk. gekauft hat, um der damals allgemein für die Monate Mai bis August befürchteten Hungersnot vorzubeugen, zum Preise von 2 Mk. für Erbsen und Bohnen und 3 Mk. für Linsen an die hiesige Einwohnerschaft abzugeben, 4. für die aus der Senkung der Preise dieser Lebensmittel entstehenden Verluste der Stadtkasse, die bei der Milch auf monatlich ca. 12—15000 Mk., bei den Kartoffeln auf ca. 25000 Mk., bei den Hülsenfrüchten auf ca. 60000 Mk. geschätzt werden, um einen Zuschuß aus Reichs- oder Staatsmitteln nachzusuchen.

Der Gemeinderat glaubt, diese die Kräfte der Stadtgemeinde beinahe übersteigenden Opfer bringen zu müssen, um die Lage der hiesigen minderbemittelten Bevölkerung wenigstens einigermaßen zu erleichtern und um hinsichtlich der Preisbildung mit gutem Beispiel voranzugehen. Er erklärt, daß er jeden weiteren Versuch einer Preissteigerung der Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsartikel, z. B., erneute Forderungen der Milchhändler, durch Hamstern der Fremden u. a. entschieden zurückweisen und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln bekämpfen werde. Ferner spricht er die Erwartung aus, daß auch die ins Ungemessene gesteigerten Preise der Textil- und Schuhwaren in Balde der jetzigen Marktlage in diesen Artikeln entsprechend zurückgesetzt werden, andernfalls er größere Mengen dieser Waren selbst aufkaufen, und hieher verbringen lasse.

Ins „Linden-Cabarett“ ziehen am 1. Juli neue Künstler ein. Es ist der Direktion gelungen den bekannten Piederfinger und Humoristen „Edo Deuschl“ zu verpflichten. Außerdem noch die beliebte Vortrags-Soubrette „Ise Marien“ und das erstklassige „Merino-Duo“. In ihren Biedermeier und Salonduetten feiern die Künstler wahre Triumphe. Der Clou des Abends bildet außerdem ihr echt oberbayerischer „Schuhplattler“. Hirslanda Porten und Partnerin Dita Marsven bringen neue Tänze mit prachtvollen Kostümen. U. a. „Lion de Ball“. Mag Proharts verliest weiter das Amt des Anführers. Will sich einige frohe und gemüthliche Stunden verschaffen, will veräume nicht dieses neue Großstadtprogramm anzusehen.

Bekanntmachung.

Der auf Donnerstag, den 1. Juli 1920 vorm. 11 Uhr auf dem Sommerberg, Abt. 7 Mehenriß, anberaumte **Sohlraumverkauf** findet nicht statt.
Den 30. Juni 1920. **Stadtpflege Wildbad.**

Bekanntmachung.

Die freiwilligen Mitglieder unserer Kasse werden mit dem Bemerken zur umgehenden Bezahlung der bereits verfallenen Versicherungsbeiträge aufgefordert, da solche in Zukunft nicht mehr eingezogen werden.
Wildbad, den 29. Juni 1920.
Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg:
Berw. Edelmann.

Laden,

geeignet für Zigarrengeschäft, von Zigarrenfabrik gesucht. Eventl. Ankauf von Haus. Off. an E. K. an die Exp. ds. Blattes.

I. Res.-Inf.-Regt. Nr. 119.

Zahlreichen Wünschen entsprechend findet am **Sonntag, den 11. Juli 1920 in Calw im bad. Hof** von 12—7 Uhr **zwangloses Zusammensein der Kriegskameraden des Bataillons** statt. Angehörige willkommen. Im Namen der Kameraden und der Feldzugkommandeure des Bataillons: **Rueff.** Mundverpflegung ist mitzubringen.

Fussball-Verein Wildbad Vereinig. Fussball- u. Sportverein. Am Samstag, den 3. Juli findet unsere halbjährliche

General-Versammlung bei Mitglied Schmid zum „Ochsen“ statt. Anfang punkt 1/8 Uhr, wozu sämtliche Mitglieder zu erscheinen haben. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. **Der Ausschuß.**

Fritz Ernst, Schneidermeister Pforzheim, Ecke Zerrener- und Baumstrasse. **Werkstätte für erstklassige Herrenbekleidung** 2819 — Telefonruf — 2819. **Stofflager** nur guter Stoffe in unerreichter Auswahl. **Schnellste Lieferung bei mäßigem Preis.** Auf Wunsch komme persönlich. — Muster zu Diensten.

Kommunistische Partei (Spartakusbund). **Mittwoch, 30. Juni, abends 8 Uhr**

Grosse öffentliche Versammlung

im Saale des „Gasth. zur Eisenbahn“. Referent: **Genosse Schreiner (eh. m. Kriegsminister).** **Thema: Spartakus und die gegenwärtige politische Lage.** **Freie Diskussion.** **Männer und Frauen erscheint alle ohne Unterschied.** **Freie Diskussion.**

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der **Direction der Disconto-Gesellschaft** Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.		Pfundbriefe.	
Staatspapiere.			
5% Deutsches Reichsanleihe	79.70	4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank	102.50
4% dergl.	72.90	4% Frankf. Hypothekenbk.	100.75
5% I. Deutsche Schatzanw.	100.—	3 1/2% dergl.	96.—
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924	91.50	4% Frankf. Hypoth.-Credittv.	98.50
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919	91.70	3 1/2% dergl.	85.—
4% Preuss. Konsols	70.80	Industrie-Obligationen.	
3 1/2% dergl.	60.80	4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf.	111.—
3% dergl.	65.25	5% Chem. Fabr. Griesheim	105.50
4% Bad. Staats-Anleihe	85.—	4 1/2% Allg. Elektr.-Ges.	103.—
3 1/2% dergl.	82.—	5% D. Uebersee-El.-Ges.	106.75
4% Württ. Staats-Anleihe	87.—	4 1/2% Maschinfabr. Essling	102.50
3 1/2% dergl. v. 1875	73.—	4 1/2% M. Hohner A.-G. Obl.	104.—
3 1/2% dergl. v. 1879/80	77.50	Aktien.	
1885/90	77.50	Darmstädter Bank	151.50
3 1/2% dergl. v. 1908 u. ff.	73.75	Deutsche Bank	270.75
3% dergl.	74.50	Disc.-Kommandit Anteil	204.—
Städte-Obligat.		Dresdner Bank	172.—
4% Baden-Baden	—	Bochumer Bergb.-Gussst.	250.—
3 1/2% dergl.	—	Deutsch-Luxemb.-Bergw.	271.50
4% Darmstadt	91.75	Gelsenkirchener Bergwerk	294.—
3 1/2% dergl.	—	Gelsenkirchener Gussstahl	540.—
4% Esslingen	100.—	Harpener Bergbau	229.—
4% Frankfurt a. M.	101.50	Mannesmann	324.—
3 1/2% dergl.	—	Phoenix Bergbau	396.—
4% Freiburg i. Br.	—	Allg. Elektr.-Ges.	271.50
3 1/2% dergl.	90.—	Bad. Anilin- u. Sodafabr.	425.—
4% Karlsruhe i. Bad.	—	Chem. Fabrik Griesheim	289.50
3 1/2% dergl.	—	Daimler Werke	201.50
4% München	102.—	Maschinenfabrik Esslingen	200.—
4% Pforzheim	95.50	Gebr. Junghans	220.—
3 1/2% dergl.	—	Magirus	190.—
4% Stuttgart	100.—	Siemens u. Halske	292.50
3 1/2% dergl.	85.—	Hamburg-Amerika-Pak.	180.—
4% Ulm a. D.	—	Nordd. Lloyd	175.25
3 1/2% dergl.	—	Devisen.	
Pfundbriefe.		Amerika	37.—
3% Württ. Hypothekenbk.	102.25	England	148.—
4 1/2% dergl. - verlosbar - 95	—	Frankreich	310.—
3 1/2% dergl. per 1912/15	91.—	Holland	1342.—
3% Württ. Kreditverein	105.75	Schweiz	687.—
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 98.50	—		
3 1/2% dergl. - halbjährig - 91.—	—		

Rom. Chieregato
Wilhelm-Strasse 83.
Obst- und Südfrüchten-Handlung
Täglich frische Kirschen
Sämtliche Südfrüchten
Span. Weine :: Gemüse

Gesucht ein Mädchen, als Bedienung zu einer Dame, für einige Stunden, vormittags. Zu erfragen beim Portier im „Quellenhof“.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.
Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die liberal!
MERCEDES

Für sofort 2 fleißige solide **Mädchen** gesucht, zum servieren in Hotel-Pension, welche solche Posten schon begleitet haben. Zu erfragen in der Exped.

Turn-Verein Wildbad. Heute abend 8 Uhr Turnstunde der **Multerriege.** Vollzähliges Erscheinen der Turner dringend notwendig. **Der Vorstand.**

